

Liberaler Impulse

Aktuelle Fragen aus Wirtschafts-, Sozial-, Europa- und Sicherheitspolitik

Wien, April 2008 Nr. 01/08

Urs Schöttli

Unrast auf dem Dach der Welt

Noch immer ist vieles über die jüngste Unrast in Tibet unklar. Die strikte Einschränkung der Medienpräsenz in Tibet und in den angrenzenden westchinesischen Provinzen macht es unmöglich, ein klares Bild vom Geschehen vor Ort zu erhalten. Unbestritten ist, dass es im März 2008 einen Aufbruch von Dimensionen gegeben hat, wie man sie seit 1989 nicht mehr gesehen hat. Alles deutet darauf hin, dass auch Peking vom Ausmass der Rebellion überrascht wurde. Es kann auch keine Zweifel daran geben, dass das internationale Prestige der Volksrepublik ausgerechnet im Jahr der Pekinger Olympiade Schaden gelitten hat. Schliesslich steht zu befürchten, dass die chinesische Führung, deren erste Reaktionen sie in der üblichen Realitätsverweigerung von autoritären Herrschern zeigten, die Chance, zu einer nachhaltigen Lösung des Tibetproblems Hand zu bieten, ein weiteres Mal verpassen wird und dass Tibet auch in Zukunft eine schwärende Wunde bleiben wird.

Im Grunde genommen sind die Parameter des Tibetproblems sehr klar. Auf der einen Seite steht fest, dass Peking nie seine Hoheit über Tibet aufgeben wird. Auf der anderen Seite steht mit ebensolcher Sicherheit fest, dass die Tibeter nie die Han Chinesen in ihre Herzen schliessen werden. Vor diesem Hintergrund müssten die beiden Seiten eigentlich an eine delikate Aufarbeitung der Missverständnisse und des gegenseitigen Misstrauens denken und ihre Anstrengungen darauf ausrichten, einen Modus vivendi zu erreichen, der eine möglichst krisenresistente Beilegung des Konflikts erlaubt.

Auf der chinesischen Seite lassen sich, wenn es um Tibet und dessen Bedeutung innerhalb des chinesischen Staatsverbandes geht, drei Hauptmeinungen ausmachen. Als erste gibt es die Gruppe der Technokraten, die nicht ohne Grund Tibet als ein rückständiges Gebiet betrachten und die darauf hinwirken wollen, den Tibetern auch die Segnungen der Moderne zu bringen. Für sie ist die Eröffnung der Eisenbahnlinie, die Lhasa mit dem Herzen Chinas verbindet, ein exemplarisches Zeugnis einer solchen Entwicklungspolitik. Objektiv gesehen kann diese

Einstellung der Technokraten nicht von vornherein verurteilt werden. Jenseits aller kulturellen Selbstbehauptung muss auch für die Menschen in Tibet gelten, dass sie an den zivilisatorischen Errungenschaften des 20. und 21. Jahrhunderts teilhaben dürfen. Ein Reservat in Unterentwicklung kann für einen modernen Nationalstaat keine realistische Option sein.

Die zweite Gruppe umfasst die Geostrategen. Aus ihrer Sicht kann es für Peking überhaupt keine andere Option als die vollständige Souveränität über Tibet geben. Ein Rückzug aus Tibet würde auf dem Dach der Welt ein geopolitisches Vakuum schaffen, in das über kurz oder lang andere Mächte vorstossen würden. Auch können die Geostrategen nicht ohne Grund ins Feld führen, dass ein unabhängiges Tibet zum Spielball fremder Mächte würde, in ähnlicher Weise wie Afghanistan. Noch während den letzten Jahrzehnten britischer Herrschaft über Indien hatte London mit Bezug auf Tibet dieselben Befürchtungen gehabt.

Die dritte Gruppe, die offensichtlich am unsympatischsten ist, vertritt die Meinung, dass Tibet als Landreserve für Chinas Milliardenbevölkerung zu dienen habe. In der Tat ist Tibet im Vergleich zu vielen anderen Regionen im Riesenreich unterbevölkert. Allerdings gibt es gegenüber den Protagonisten einer vermehrten Han-Präsenz in Tibet sowohl gewichtige ökologische Vorbehalte als auch selbstverständlich den offenen und versteckten Widerstand der einheimischen Bevölkerung.

Natürlich gibt es auf tibetischer Seite Kolaborateure und nicht jeder Tibeter ist eo ipso ein Aufständischer. Tatsache ist indessen, dass der Graben zwischen den Tibetern und den Han Chinesen unüberbrückbar ist. Würde man die tibetische Bevölkerung um ihre frei geäusserte Meinung befragen, so würde höchstwahrscheinlich eine grosse Mehrheit für die Unabhängigkeit Tibets sein. Ähnliches gilt für Kaschmir, wo auch die Mehrheit der Menschen den von vornherein nicht zu realisierenden Wunsch haben dürfte, weder zu Pakistan noch zu Indien geschlagen zu werden. Dass auch

wirtschaftliche Sonderbehandlung solche Unabhängigkeitswünsche nicht zu beseitigen vermag, dürfte mit der psychischen Befindlichkeit der Menschen zu tun haben. Es gibt eben gewisse Werte der menschlichen Würde, die auch um grosser materieller Vorteile willen, nicht aufgegeben werden dürfen.

Ohne Zweifel hat Peking die nötigen Ordnungsmittel, um in Tibet die Friedhofsruhe aufrecht zu erhalten. Im Vergleich zu 1989 sind zudem die chinesischen Ordnungskräfte für die Wahrnehmung ihrer Ordnungsaufgabe heute viel besser ausgerüstet und geschult. Keine Macht der Erde wird deshalb die chinesische Ordnungsmacht, auch wenn sie sich als reine Repressionsmacht aufführt, aus Tibet verdrängen können, umso mehr als kein Land der Welt bereit ist, für die Rechte der Tibeter gegen China in den Krieg zu ziehen oder auch nur die bilateralen Handelsbeziehungen mit China zu gefährden. Somit wird es vor allem im NGO-Bereich wortreiche Proteste gegen das chinesische Vorgehen in Tibet geben, doch bewirken wird dies alles kaum etwas.

Wie sieht vor diesem Hintergrund die Zukunft aus? Die Gefahr besteht, dass die schwärende Wunde Tibet auf alle Zeit hinaus weiter besteht. Peking hat verbale Breitseiten gegen den Dalai Lama abgefeuert, die an die Klassenkampfrhetorik zu Maos Zeiten erinnert. Glaubt man den offiziellen Verlautbarungen, so gibt es keine schlimmere, keine reaktionärere Figur auf Erden als den Dalai Lama. Ihm eignet die Bezeichnung „splittist“, Sezessionist. Nach Meinung Pekings steht er hinter aller tibetischen Opposition gegen China und ist deshalb auch mitschuldig an den jüngsten gewaltsamen Übergriffen gegen Han Chinesen.

Eine sachliche Lagebeurteilung müsste indessen zu einem ganz anderen Schluss kommen. Objektiv gesehen ist der Dalai Lama eine der letzten, wenn nicht die letzte Möglichkeit, in der Tibetfrage noch zu einem einigermassen akzeptablen Kompromiss

zu gelangen. Verschwindet der Dalai Lama von der Bildfläche, so wird es über Jahre, möglicherweise über ein Jahrzehnt hinweg keine eindeutige, das Vertrauen vieler Tibeter genießende Ansprechperson für Peking mehr geben. Es ist höchstwahrscheinlich, dass nach dem Tod des heutigen Dalai Lama es widersprüchliche Ansprüche auf eine Reinkarnation des jetzigen Dalai Lama geben wird. Es ist dies übrigens nichts Neues in der rund 600-jährigen Geschichte der Dalai Lama. Tibet war in der Vergangenheit wiederholt von Bürgerkriegen heimgesucht worden, die zuweilen auch chinesische Kaiser zum Eingreifen veranlasst hatten.

Der Dalai Lama hat deutlich werden lassen, dass er nicht ein unabhängiges Tibet anstrebe. Damit hat er eigentlich vom staatspolitischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkt her gesehen, schon das wichtigste Argument, das Peking gegen ihn vorbringt, nämlich ein Sezessionist zu sein, widerlegt. Nun kann man natürlich behaupten, dies alles sei nichts als Propaganda. Andererseits hat sich der Dalai mit seiner Ablehnung eines vollständigen Bruchs mit China gegenüber seinen Landsleuten als Stimme der Mäßigung geoutet. Es ist kein Geheimnis, dass es auch namhafte Gruppen von Tibetern gibt, die sich von China ganz lossagen wollen. Es könnte sogar schon so weit sein, dass in dieser Frage der alternde Dalai Lama für junge, ungestüme Elemente unter den Tibetern nicht mehr uneingeschränkt der Sprecher für die Ambitionen des tibetischen Volkes ist.

Würde man aufrichtig und ohne ideologische Scheuklappen nach einer Lösung für

das tibetische Volk suchen, so gäbe es eine Reihe von Modellen, auch wenn selbstverständlich föderalistische Lösungen in einem zentralistischen Staatsmodell, wie es der chinesischen Volksrepublik eignet, keinen Platz haben. Unbestritten ist, dass die heutige Form des Autonomiestatuts den Tibetern nicht ausreicht. Viele empfinden es als eine leere Formel ohne Inhalt, bleiben doch alle Machtprärogativen Peking, das heisst der KPC vorbehalten. Die chinesische Führung müsste schon einen riesigen Sprung über ihre eigenen Schatten wagen, um eine tragfähige Lösung etwa nach Beispiel der Autonomien in Spanien zu wagen.

Einer raschen und nachhaltigen Lösung des Tibetproblems stehen nicht nur die Machtansprüche Pekings und der traditionelle chinesische Zentralismus entgegen. Wünsche nach mehr Autonomie stehen auch im Konflikt mit dem absoluten Herrschaftsanspruch der KPC. Allein vom Wunsch nach Unabhängigkeit betrachtet ist Tibet zusammen mit den Uiguren wohl das einzige Gebiet in der Volksrepublik, das für eine Sezession in Frage kommt. Man kann sich in den anderen Landesteilen, auch in der ansonsten selbstbewusstesten Provinz Guangdong kein vergleichbares Unabhängigkeitsstreben vorstellen. Insofern müsste eine verstärkte Autonomie für Tibet auch kein Präjudiz für andere chinesische Provinzen schaffen.

Doch geht es der Führung in Peking nicht allein um diesen Aspekt. Ein Einlenken gegenüber dem Dalai Lama wäre aus ihrer Sicht nicht nur ein Eingeständnis von Schwäche, sondern auch die Akzeptanz, dass es neben der KPC andere Machtpole geben kann und

darf. Bekanntlich gibt es auch in der Volksrepublik die sogenannten „Blockflottenparteien“, wie sie in der verblichenen DDR bestanden hatten. Niemand ausserhalb der KPC hat jedoch bei seinen Anhängern und Gefolgsleuten die Statur, die der Dalai Lama für sich reklamieren kann. Mit Blick auf die Polarisierung zwischen Tibetern und Han Chinesen ist der Dalai Lama heute noch für die Mehrheit der Tibeter die unbestrittene Führungsfigur. Die KPC wird aus deren Sicht immer nur als das Herrschaftsinstrument der Han Chinesen betrachtet.

Bis in Peking an der obersten Führungsspitze jemand die Zivilcourage oder auch schlicht die Einsicht hat, dass nur eine Verhandlungslösung mit dem Dalai Lama politische und soziale Stabilität in Tibet gewährleisten kann, wird sich nichts ändern. Dass solch eine Gesinnungsänderung eintreten kann, muss heute als eher unwahrscheinlich betrachtet werden und die Zeit, da mit dem Dalai Lama auf tibetischer Seite noch eine Führungsperson von ausserordentlicher Vertrauenswürdigkeit und mit grossem Charisma zur Verfügung steht, wird immer kürzer. Im optimistischen Falle kann man Zuversicht aus der Tatsache schöpfen, dass auch der letzte britische Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, wüste Anwürfe seitens Pekings hatte einstecken müssen, nur um heute ein gern gesehener Gast in China zu sein. Im pessimistischen Falle stehen die Aussichten, in Tibet zu einer friedlichen Beilegung eines klassischen Minderheitskonflikts zu kommen, heute schlechter denn je.

Hans Winkler

Österreich verdammt zur großen Koalition?

Ausgerechnet die beiden Boulevardmedien, die die große Koalition kampagneartig herbeigeschrieben haben, waren es, die in den letzten Monaten besonders heftig kritisiert haben, dass die Regierung „dauernd streitet, anstatt zu arbeiten“. Was haben sie anderes erwartet? muss man fragen. Alle, die sich an die Agonie der großen Koalition zwischen 1986 und 1999 erinnern wollten, haben das vorhergesagt. Was als vordergründiges Gestreite und mangelnde Arbeitslust erscheint, ist allerdings nicht die zwangsläufige Folge des knappen Ausgangs der letzten Nationalratswahl, wie es häufig dargestellt wird, es handelt sich vielmehr um den Ausdruck tiefer politischer Differenzen, die verschärft werden durch ein eklatantes Führungsproblem.

Sozialdemokraten und Volkspartei sind mit völlig unterschiedlichen Vorstellungen in diese Regierung gegangen. Die SPÖ verstand den knappen Wahlsieg („es war gar kein Wahlsieg,“ meint der Politologe Anton Pelinka) am 1. Oktober 2006 vor allem als eine verdiente Rückkehr an die Macht, weniger als Legitimation für eine bestimmte Politik. Die Jahre der schwarz-blauen und schwarz-orangen Herrschaft empfindet sie ja als eine ihr zugefügte Ungerechtigkeit. In einer solchen Sicht hat die Vorstellung, inhaltliche Kompromisse mit einem Koalitionspartner schließen zu müssen, keinen Platz. Die ÖVP wiederum wollte nicht wahrhaben, dass sie die Wahl verloren hatte und konnte sich nur eine Fortsetzung der Politik der vergangenen Jahre vorstellen. In der Il-

lusion, die Wahl „eigentlich“ nicht verloren zu haben, möchte sie so weiterregieren wie bisher, zumal es eine wirkliche Alternative zur Politik der gemäßigten Reformen ohnehin nicht gebe.

Der Ausgang der Koalitionsverhandlungen und die Aufteilung der Ministerien schien die ÖVP darin zu bestätigen. Aber sie täuschte sich und verkannte den Mentalitätswandel, der in der SPÖ in den Jahren der Opposition stattgefunden hat. Das ist nicht mehr die im langen Besitz der Macht träge gewordene SPÖ des selbstbewussten, aber inaktiven und moderaten Franz Vranitzky, mit der man vielleicht sogar ein „großes Projekt“ unternehmen konnte, wie es der EU-Beitritt und die Privatisierungen in den Neunzigerjahren

gewesen waren, sondern eine gereizte Partei, die auf Revanche aus ist und die Rückkehr an die Macht als eine Art historischer Wiedergutmachung betrachtet.

Die SPÖ hat es in den Jahren der Opposition verlernt, zu regieren und ihr Vorsitzender und Bundeskanzler hat es nie gekonnt. Sein „learning on the job“ erleben wir seit über einem Jahr schmerzvoll mit. Wie wenig die SPÖ begriffen hat, was es heißt, eine Regierungspartei zu sein und dabei auf einen Partner angewiesen zu sein, zeigte sie zweimal mit Unterausschüssen, die sie gegen den Willen des ÖVP beschloss, obwohl es zu den Grundlagen einer Regierungspartnerschaft gehört, den anderen in wichtigen Dingen nicht zu überstimmen – was übrigens auch im Regierungsübereinkommen steht. In der Weltsicht der SPÖ wird ein Koalitionspartner lediglich ein Erfüllungsgehilfe.

Die Funktionäre der SPÖ hofften, nun werde man eben den Spieß umdrehen, eine „sozialdemokratische Politik“ machen und eine Kurskorrektur weg von der „sozialen Kälte“ der Schlüssel-Jahre hin zu einem fröhlichen Umverteilungssozialismus, wie wir ihn nun tatsächlich auch erleben. Der SPÖ-Vorsitzende hat diese Erwartungshaltung im Wahlkampf geschürt und ist dafür belohnt worden. Selbst wenn er die Absicht hätte, das Regierungsübereinkommen umzusetzen, zwingt ihn die Dynamik in seiner eigenen Partei in die populistische kleine Mann-Rhetorik und eine entsprechende Politik. Dass die ÖVP dem inhaltlichen Programm des „Neustarts“ in der Osterwoche zugestimmt hat, ist nur aus der Furcht vor

Neuwahlen zu erklären und aus der Absicht, sich Gusenbauer als künftigen Wahlkampfgegner zu erhalten. Das könnte sich aber als Fehlspekulation erweisen, denn Gusenbauer hat schon einmal gezeigt, dass er als Wahlkämpfer nicht zu unterschätzen ist.

Die plötzliche Harmonie zwischen den Regierungspartnern wirkt zu aufgetragen als dass man sie für wirklich tragfähig halten möchte. Die Befriedung wird schwerlich von Dauer sein. Der Pakt mit der ÖVP sollte Gusenbauer jedenfalls über den Parteitag im Herbst hinweghelfen. Die Landtagswahlen in Tirol und nächstes Jahr in Salzburg könnten jederzeit die Profilierungslust oder –not eines Kandidaten auf Kosten der Bundespartei und des Vorsitzenden bringen und damit neue Konflikte. Die Rettung Gusenbauers gibt der ÖVP mehr Spielraum, auf einen günstigen Augenblick für Wahlen zu warten. Die geheime Hoffnung der Volkspartei dürfte Salzburg sein.

Epilog

Kann nur die Einführung des Mehrheitswahlrechts die Stagnation und gegenseitige Blockierung von SPÖ und ÖVP überwinden und dem Land wieder zu einer Politik verhelfen, die den Namen verdient? Die Kampagne, die die „Presse“ zugunsten des Mehrheitswahlrechts führt, findet wenig Echo, es gelingt dem Blatt und ihrem Chefredakteur bisher nicht, eine öffentliche Debatte darüber zu entfachen. Zu fremd scheint das der österreichischen Mentalität. Man muss auch fragen, ob eine „geschenkte“ absolute Mehrheit für jene Partei, die von den Wählern nur eine relative bekommen hat, wirklich der Weisheit letzter Schluss ist. In Wien ist das

ja schon durch das Wahlrecht verwirklicht. Waltraud Klasnic pflegte seinerzeit lebhaft zu klagen, mit einem Wahlrecht wie in Wien hätte sie auch eine absolute Mehrheit im Landtag von Graz. Ist aber Wien wirklich so gut bedient mit der Alleinherrschaft der Häupl-Partei? Kann sich jemand ernstlich eine absolute Mehrheit für die Partei eines Erwin Buchinger wünschen? Oder möchte jemand die ÖVP mit einer solchen Mehrheit für eine noch üppigere Subventionierung des Agrarsektors ausgestattet sehen?

Für eine gute Regierung braucht man nicht unbedingt eine Partei mit einer absoluten Mehrheit. Koalitionen an sich sind nicht Regierungsformen, die zwangsläufig zur Stagnation und Blockade führen. Es ist nur die spezifisch österreichische Form der großen Koalition, die diese Gefahr latent in sich trägt. Gründlich zerstört ist jedenfalls die Annahme, große Koalitionen rechtfertigten sich dadurch, dass nur sie fähig zu „großen Projekten“ wie etwa eine Verfassungsreform seien. Es gibt im engeren geographischen und historischen Horizont zwei Beispiele, wo kleine Koalitionen sogar zum Vehikel für eine längst überfällige Reformpolitik geworden sind: Das war die schwarz-blaue Regierung von 2000 bis 2007 in Österreich und die rot-grüne mit ihrem großen Reformprojekt der „Agenda 2010“ von 1998 bis 2005 in Deutschland. In beiden Fällen waren allerdings in Wolfgang Schüssel und Gerhard Schröder Bundeskanzler mit entschlossenem Führungswillen am Werk, die auch gelernt hatten, ihre eigene Partei zu beherrschen. Erst als Schröder die Kontrolle über die Partei entglitt, war sein politisches Ende besiegelt.

Erich Reiter

Ansichten der Österreicher zu Ausländern und zur Einwanderung

Möglicherweise stehen wir – die hoch entwickelten Länder Europas – erst am Beginn einer lange anhaltenden Einwanderungswelle, die die Dimensionen von Völkerwanderungen annehmen kann und den „Bevölkerungstransfer“ von hunderten Millionen Menschen umfassen wird. Langfristige Überlegungen zum Thema Migration finden aber keine Beachtung. Auch der Umstand, dass die Einwanderung nicht nur den Hintergrund der Armut und des Chancenmangels in den Emigrationsländern hat, sondern auch – vielleicht sogar insbesondere – den Geburtenrückgang und damit den Schwund der alteingesessenen Bevölkerung, wird allgemein weitestgehend ignoriert.

Jedenfalls findet Einwanderung statt und das ILLP wollte wissen, wie die Österreicher verschiedene Überlegungen, die in den letzten Jahren öffentlich diskutiert wurden, sehen. Die Umfrage, die wir beim renommierten Institut IMAS-International (Linz) in Auftrag gegeben haben, ist nun zwar schon ein Jahr alt; an den Einstellungen hat sich aber wohl kaum etwas geändert. (Politische Denkmuster 2007, Repräsentativbefragung im April 2007, IMAS-Umfrage 4726, Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren.)

Es ist hinlänglich bekannt, dass die ethnischen Wanderungsbewegungen und die Integration fremder Kulturen mittlerweile

ein europaweites Problem darstellen und das Denken der Bewohner in nahezu allen Ländern intensiv beschäftigt. Das Ideal einer multikulturellen Gesellschaft mit einem bunten Nebeneinander von sich gegenseitig befruchtenden und inspirierenden Talenten und Verhaltensweisen, mit gegenseitiger Neugier und Toleranz, scheint überall in weiter Ferne und eher noch zu entrücken, als sich anzunähern.

In Österreich sind verschiedene Ideen zur Erschwerung der Einwanderung durchaus populär. So meinen 55 Prozent der Österreicher, die Einwanderung sollte nicht erst an der Grenze unseres Landes bzw. der EU,

sondern bereits in den Herkunftsländern gestoppt werden. Etwa von gleicher Stärke ist die Erwartung unserer Bevölkerung, den Anteil der nicht deutsch sprechenden Kinder in den Schulen auf ein Drittel der Klassenzahl zu beschränken. (Wie das allerdings funktionieren soll, wen in Wien schon heute etwa 50 % der Volksschulen Migrationshintergrund haben – und in absehbarer Zeit die Mehrheit der Schüler in Wien eine nichtdeutsche Muttersprache haben wird – ist logisch nicht verständlich.)

An der dritten Stelle des Forderungskatalogs steht (von 44 Prozent bekundet) der Wunsch, die Staatsbürgerschaftsbestimmungen nochmals zu verschärfen; 42 Prozent der Erwachsenen erklären, Österreich sollte nur dann Entwicklungshilfe leisten, wenn die armen Länder bereit sind, ihre Flüchtlinge wieder zurückzunehmen.

So skeptisch große Teile der Bevölkerung der Einwanderung gegenüber eingestellt

sind, so sind doch drastische Maßnahmen gegenüber Ausländern nicht sehr populär. Im Gegensatz zu den genannten Erwartungen unterstützen nur 28 Prozent der einheimischen Bevölkerung den Vorschlag zur Zahlung eines jährlichen Integrationsbeitrags von Ausländern, die bei uns finanziell besser leben als im Herkunftsland. Für noch viel schlechter hält die Bevölkerung die Idee, dass der Staat eine Rückkehrprämie für Asylanten zahlt, die unser Land wieder verlassen.

Wie stark die Skepsis gegenüber Zuwanderung ist, geht letztlich daraus hervor, dass die Österreicher am wenigsten vom Bemühen um die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften halten (nur 15 %), obwohl diese aus verschiedenen Gründen sinnvoll erscheint.

Innerhalb der parteipolitischen Orientierungen beziehen die GRÜNEN in allen Einzeldimensionen eine noch relativ aus-

länderfreundliche Haltung, während die Anhänger von FPÖ und BZÖ den Zuwanderern und Asylanten mit schroffster Ablehnung gegenüberstehen.

Allerdings ist zu vermerken, dass auch Sozialdemokraten und die Anhänger der Volkspartei äußerst ausländerkritische Position einnehmen und sich von den Meinungen der Freiheitlichen nur hinsichtlich der Intensität der Ablehnung unterscheiden.

(FPÖ- und BZÖ-Wähler sind aus statistischen Gründen in Einem erfasst, weil es nicht möglich war, eine Repräsentation von BZÖ-Wählern außerhalb Kärntens festzustellen).

Die mit der Einwanderung bzw. den Ausländern ihrer Meinung nach verbundenen Problemen zu lösen, trauen die Österreicher den Parteien aber nur sehr eingeschränkt zu.

IMAS-Umfrage 4726
April 2007

Österreichische Bevölkerung
ab 16 Jahre

DIE KOMPETENZ DER PARTEIEN BEI AUSLÄNDERPROBLEMEN

FRAGE: „Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die Dinge, die Ihnen beim Ausländerproblem wichtig erscheinen, zu verwirklichen?“

Bevölkerung insgesamt
%

Der FPÖ	15
Der SPÖ	15
Der ÖVP	12
Dem BZÖ	8
Den GRÜNEN	5
Keiner Partei	25
Unentschieden	24
	<u>104</u>

Dabei ist zu beachten, dass die Parteienpräferenzen einen gewissen Einfluss darauf haben, welcher Partei man Kompetenzen zutraut. So gesehen sind die 15 % für die FPÖ und 8 % für das BZÖ relativ hohe Kompetenzzuweisungen, da diese Prozentzahlen jeweils deutlich über den damaligen Wahlpräferenzen für diese beiden Parteien lagen.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und proeuropäischer Think-Tank für Österreich.
Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms
lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.
Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.